

Antrag der Fraktion der CDU**Für eine handlungsfähige Bremer Justiz: Personal-Ausstattung auf Basis von „PEBB§Y 100“**

Die Justiz im Land Bremen steht vor erheblichen Herausforderungen, die nicht nur die Funktionsfähigkeit der Gerichte, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat gefährden. Berichte zeigen, dass akuter Personalmangel und eine unzureichende Ausstattung des Justizapparats zentrale Probleme im Land Bremen darstellen. Diese Defizite führen zu einer zunehmenden Verzögerung bei der Bearbeitung von Verfahren und einem Anstieg unbearbeiteter Fälle - das gilt insbesondere in den Bereichen der Straf- und Ziviljustiz. Die angespannte Personalsituation erschwert die tägliche Arbeit der Richter und Staatsanwälte, die oft an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Dies kann nicht nur Auswirkungen auf die Effizienz, sondern auch auf die Qualität der Rechtsprechung haben. Angesichts dieser alarmierenden Entwicklungen ist ein entschlossenes Handeln erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Justiz in Bremen zu sichern und die Arbeitsbedingungen in den Gerichten zu verbessern.

Die Justiz im Land Bremen steht vor einer akuten Belastungskrise, die durch strukturelle Defizite und unzureichende Nachwuchsförderung verschärft wird. Es reicht dabei nicht aus, wie jüngst von Justizsenatorin Schilling medienwirksam verkündet, keine Stellen in der Bremer Justiz abzubauen. Es bedarf eines deutlichen Aufwuchses des Personalkörpers. Ein zentraler Schwachpunkt der Bremer Justiz ist dabei die fehlende Anwendung des in allen anderen Landesjustizverwaltungen etablierten Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y. Dieses System bietet eine transparente Grundlage, um den tatsächlichen Personalbedarf der Justiz sachgerecht zu ermitteln und Stellenplanungen darauf auszurichten. Bremen ist weit entfernt von einer Personalausstattung nach PEBB§Y und muss dringend nachziehen, um eine gerechte und effiziente Personalverteilung zu gewährleisten. Auch die Ausbildung von Nachwuchskräften ist ein wichtiger Faktor und muss dringend gestärkt werden, insbesondere durch die signifikante Erhöhung der Zahl der Rechtsreferendare.

Aufgrund dieser Herausforderungen fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat auf, unverzüglich konkrete Maßnahmen zur personellen Stärkung der Justiz im Land Bremen zu ergreifen. Die Einführung von PEBB§Y als Grundlage der Personalbedarfsplanung, die Schaffung zusätzlicher Stellen und die Förderung des juristischen Nachwuchses sind dabei entscheidende Schritte, um die Justiz zukunftssicher zu machen und die Rechtsstaatlichkeit in Bremen zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das überregional angewandte Personalbedarfsberechnungssystem „PEBB§Y“ zukünftig auch in Bremen zur Grundlage der Stellenplanung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu machen;
2. zumindest die aktuelle Deckungsquote von „PEBB§Y 100“ zu erfüllen und hierfür für das Land Bremen zusätzlich 20 Staatsanwaltsstellen, zehn Richterstellen sowie fünf Amtsanwaltsstellen zu schaffen;
3. entsprechend der Erhöhung der Richter- und Staatsanwaltsstellen auch die Stellen für Rechtspfleger um neun sowie bei den Justizfachangestellten um 20 Vollzeitäquivalente (VZÄ) anzupassen;
4. zum nächsten Einstellungstermin 50 Prozent mehr Rechtsreferendare auszubilden;
5. sobald die neuen „PEBB§Y-100-Zahlen“ aus der bundesweiten Untersuchung zur Ermittlung der Bedarfsplanung vorliegen, die Stellen in der Justiz dementsprechend zu erhöhen.

Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU